

964 neue Coronafälle

MARBURG. Das Gesundheitsamt des Landkreises hat gestern 964 neue Corona-Fälle registriert. Die Gesamtzahl der seit März 2020 bestätigten Corona-Infektionen liegt bei 47 207. Die vom Robert-Koch-Institut (RKI) angegebene Inzidenz für Marburg-Biedenkopf beträgt 1 355,4. Derzeit werden 83 Personen stationär im Krankenhaus behandelt. Davon benötigen weiterhin vier Personen eine intensivmedizinische Betreuung. Die vom RKI ausgewiesene Hospitalisierungsinzidenz für Hessen beträgt 6,6. Die Zahl der Todesfälle im Kreis blieb gestern bei 329.

CORONA-FÄLLE NACH KOMMUNEN

Stadt/ Gemeinde	Infizierte 23.03.2022
Amöneburg	217 (+3)
Angelburg	148 (+9)
Bad Endbach	461 (+8)
Biedenkopf	779 (+59)
Breidenbach	388 (+21)
Cölbe	327 (+27)
Dautphetal	511 (+20)
Ebsdorfergrund	365 (+14)
Fronhausen	206 (+7)
Gladenbach	626 (+25)
Kirchhain	659 (+26)
Lahntal	341 (+24)
Lohra	276 (+6)
Marburg	3669 (+145)
Münchhausen	201 (+13)
Neustadt	357 (+20)
Rauschenberg	271 (+26)
Stadtallendorf	812 (+41)
Steffenberg	150 (+12)
Weimar	372 (+34)
Wetter	449 (+13)
Wohratal	124 (+24)
unklar	20 (+3)
Gesamt	11729 (+580)

KURZNOTIZEN

Bürgerversammlung Wetter fällt aus

WETTER. Die für den 5. April im Bürgerhaus Niederwetter geplante Bürgerversammlung fällt aus. Ein neuer Termin ist noch nicht bekannt. Dies teilte die Stadt Wetter mit.

Jagdgenossen tagen am Freitag

RAUSCHHOLZHAUSEN. Die Jagdgenossenschaft Rauschholzhausen lädt zur Jahreshauptversammlung am Freitag, 25. März, um 19 Uhr in die Mehrzweckhalle ein. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Berichte, Neuwahlen und die Wiederverpackung des Jagdbezirkes.

Ortsbeirat berät über Flüchtlingshilfe

WOLLMAR. Der Ortsbeirat Wollmar tagt in öffentlicher Sitzung am Freitag, 1. April, um 20 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus Wollmar. Es geht unter anderem um die Tagesordnungspunkte der Gemeindevertretung, eine offene Hausmeisterstelle im DGH und um das Thema Flüchtlingshilfe in der Gemeinde.

Kein Nummernschild für Extremisten

Kennzeichen, die gegen die guten Sitten verstoßen, sind verboten – das wird aber im Kreis Gießen strenger ausgelegt als in Marburg-Biedenkopf

VON STEFAN DIETRICH
UND UNSERER AGENTUR

MARBURG. Die eigenen Initialen, die Anfangsbuchstaben der oder des Liebsten, der Geburtstag oder das Hochzeitsdatum: Bei einem Wunschkennzeichen am Auto sind der Fantasie fast keine Grenzen gesetzt. Aber nur fast: Erstens darf natürlich jedes Kennzeichen nur einmal vorkommen – und zweitens dürfen Buchstaben- und Zahlenkombinationen nicht gegen die guten Sitten verstoßen. Deshalb sind vor allem Abkürzungen verboten, die in Verbindung zur Nazi-Geschichte stehen.

Eine Autobesitzerin namens Susanne Schmidt dürfte sich deshalb ihre Initialen nicht aufs Nummernschild prägen lassen. Falls ihr Mann zufällig Ingo Schmidt heißen sollte, könnte sie seine Initialen in Marburg-Biedenkopf ebenfalls nicht eintragen lassen: Der Landkreis hatte vor einigen Jahren angesichts des Terrors der Miliz „Islamischer Staat“ entschieden, keine Kennzeichen mit den Buchstaben IS mehr auszugeben.

Der Landkreis Gießen verbietet die Buchstabenkürzel BH und WP sowie die Zahlenkombinationen 88, 18 und 444 auf neuen Nummernschildern.

Wer allerdings unbedingt extremistische Codes verbreiten will, findet immer neue Schlupflöcher. Die will der benachbarte Landkreis Gießen nun stopfen: Er verbietet weitere Buchstaben- und Zahlenkombinationen, die als Codes in der rechtsextremen Szene gelten.

So werden in Gießen in Zukunft keine Nummernschilder mit den Kombinationen BH und WP mehr auszugeben. Denn BH steht offenbar nicht nur für ein Kleidungsstück – sondern auch für das verbotene rechtsextreme Netzwerk „Blood and Honour“. WP kann



Seit einigen Jahren werden in Marburg-Biedenkopf keine Nummernschilder mehr mit den Buchstaben IS ausgegeben. FOTO: LARA HOFFSTETER

demnach auf die rassistische Theorie „White Pride“ hinweisen, die für eine Vorherrschaft von Weißen stehe, teilte der Landkreis Gießen mit.

Bestandsschutz für bereits zugewiesene Kennzeichen

Rechtsgesinnte hätten in den vergangenen Jahren bewusst diese Kombinationen genutzt. „Rechtsextremismus und menschenverachtende Ideologien haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir müssen ihnen auf allen Ebenen entschieden entgegenzutreten“, sagte der Gießener Verkehrsdezernent Christian Zuckermann laut Mitteilung. Auch die Zahlencodes 88 (zweimal der achte Buchstabe des Alphabets für „Heil Hitler“), 18 („Adolf Hitler“) und 444 (für „Deutschland den Deutschen“) sollen demnach im Kreis Gießen künftig verboten sein.

Wird sich der Landkreis Marburg-Biedenkopf dem Gießener Vorgehen anschließen? „Nein, es besteht derzeit keine Absicht, weitere Kennzeichenkombinationen zu sperren“, teilte der stellvertretende Pressesprecher des Landkreises, Sascha Hör-

mann, auf OP-Anfrage mit. Mit dieser Haltung steht Marburg-Biedenkopf nicht allein: Auch die Behörden in Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt sehen keinen Bedarf, weitere Buchstaben- und Ziffernkombinationen zu verbieten, wie eine Umfrage der

Deutschen Presse-Agentur ergab. Demnach haben sie bisher nicht festgestellt, dass diese Kombinationen gezielt von Rechtsradikalen verwendet werden. Auch das Land Hessen sieht keinen weiteren Regelungsbedarf. In Kassel wird dagegen eine Erweiterung des Verbots aktuell diskutiert.

Bei der Zulassungsstelle in Marburg-Biedenkopf sind neben IS die aus der Nazi-Zeit stammenden Abkürzungen KZ (Konzentrationslager), NS (Nationalsozialismus), SS (Schutzstaffel), SA (Sturmabteilung), HJ (Hitlerjugend) sowie SD (Reichssicherheitsdienst) nicht auf Autokennzeichen erlaubt. Grundsätzlich geht es bei solchen Verbotsmaßnahmen immer um die Zuteilung neuer Kennzeichen. Wer zum Beispiel ein Kennzeichen mit den Buchstaben IS oder SD bekommen hat, bevor diese Buchstabenkombinationen verboten wurden, hat einen Bestandsschutz.

Rechtsgrundlage

Die Zuteilung von Kennzeichen ist bundeseinheitlich in der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) geregelt. Dort heißt es in Paragraph 8, Absatz 1: „Die Zulassungsbehörde teilt dem Fahrzeug ein Kennzeichen zu, um eine Identifizierung des Halters zu ermöglichen. Das Kennzeichen besteht aus einem Unterscheidungszeichen (ein bis drei Buchstaben) für den Verwaltungsbezirk, in dem das Fahrzeug zugelassen ist, und einer

auf das einzelne Fahrzeug bezogenen Erkennungsnummer. Die Zeichenkombination der Erkennungsnummer sowie die Kombination aus Unterscheidungszeichen und Erkennungsnummer dürfen nicht gegen die guten Sitten verstoßen.“ Demnach wäre eine Nummer auch dann unzulässig, wenn die gewählten Buchstaben etwa zusammen mit „MR“ oder „BID“ gegen die guten Sitten verstoßen würden.

Regionalplan bereitet vielen Kopfschmerzen

Gemeindeparlament Weimar startet heute bereits um 19.30 Uhr im Bürgerhaus Roth / Haushaltsverabschiedung steht an

VON GÖTZ SCHAUB

ROTH. Heute Abend kommen die Gemeindevertreter Weimars im Bürgerhaus Roth zu ihrer nächsten Sitzung zusammen. Und dies schon um 19.30 Uhr statt wie sonst ab 20 Uhr. Aufgrund der im Februar ausgefallenen Sitzung sind die Tagesordnungspunkte für die März-Sitzung ordentlich angewachsen. 20 sind es insgesamt. Und an 15. Stelle steht erst die Verabschiedung des Haushaltsplanes für 2022.

Zur Beschlussfassung unter Punkt acht steht die Stellungnahme der Gemeinde Weimar zum Regionalplan Mittelhessen. Dazu haben die Grünen drei Anträge eingebracht. Der Bau-Ausschuss Anfang des Monats wurde gut besucht. Insgesamt waren 25 Bürgerinnen und Bürger dabei, vornehmlich um sich über die Stellungnahme der Gemeinde zum Regionalplan zu informieren.



Neben der Wenkbacher Ortsausfahrt Richtung Niederweimar befindet sich der Friedhof. Dort sollen laut Regionalplan Vorrangflächen für ein weiteres Gewerbegebiet festgelegt werden. FOTO: GÖTZ SCHAUB

Die Grünen wollen nun sicherstellen, dass die landwirtschaftlich genutzten Gebiete in den Gemarkungen Kehna, Nesselbrunn und Allna erhalten bleiben. In der Entwurfsplanung sind dort Aufforstungsgebiete eingearbeitet worden. Zudem soll das im Raumordnungsplan von 2010 enthaltene Vorbehaltsgebiet für besondere Klimafunktion auch im neuen Plan ausgewiesen bleiben. Dann fordern die

Grünen, dass das Gewerbegebiet G 302 direkt nördlich von Wenkbach als Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe aus dem Plan herausgenommen wird.

Andere Parteien hatten hingegen im Bau-Ausschuss dafür plädiert, die Vorrangfläche von Wenkbach aus Richtung Niederweimar zu verschieben und nördlich der neuen B 255 anzusiedeln. So lautet auch der Änderungs-

wunsch der Gemeinde Weimar bisher. Im Nachgang und bereits im Vorfeld der Bau-Ausschuss-Sitzung hatten einige Bürgerinnen und Bürger aus Weimar angekündigt, selbst Eingaben beim Regierungspräsidium zu machen.

Auch die Initiatoren des Runden Tisches in Weimar, Markus Decher, Uwe Herrmann und Roman Schmatloch, formulierten Änderungsforderungen. Dabei geht es

nicht mehr um das Gewerbe- und Mischgebiet Wenkbach, sondern um andere Themen. Die Genannten wenden sich gegen die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete in den Ortsteilen Wenkbach und Niederwalgern, gegen die Ausweisung weiterer Vorrangflächen für den Kiesabbau in der Gemeinde Weimar. Und gegen den weiteren Ausbau des Kiesabbaus in denen als Bestand gekennzeichneten Auskiesungsflächen in den Gemarkungen Wenkbach, Argenstein, Roth und Niederwalgern – und damit, wie sie selbst sagen, „für den Erhalt des ländlichen Charakters und für lebenswerte Ortsteile in unserer Gemeinde“.

Des Weiteren wollen die Gemeindevertreter den Wahltag für die Bürgermeister-Direktwahl festlegen. Als Beschluss-Vorschlag aus dem Gemeindevorstand wird Sonntag, 25. September, vorgeschlagen.